

Quo vadis deutsche Forstpolitik - oder 30 Jahre Forstreformen – und was nun?

Eine persönliche Betrachtung

Politische Meinungsbildung?

Wir hätten es wissen müssen, verehrte Mitglieder, dass bei den ersten, ernsthaften Sparbemühungen der öffentlichen Hand vor über 30 Jahren nicht zuerst diejenigen Verwaltungen auf den Prüfstand gestellt werden würden, die die größten Budgets zu verantworten hatten, sondern sehr oft kleine, aber effektiv arbeitende Fachverwaltungen wie Kataster-, Eich-, Forstämter bzw. Forstverwaltungen, von denen man nennenswerte Gegenwehr nicht erwarten musste – wie z.B. auch in Schleswig-Holstein.

Da sich die Finanzaufweisungen für diese überwiegend auch hoheitlich tätigen Institutionen i.d.R. im Promillebereich des jeweiligen Gesamthaushaltes bewegten, war aber von vornherein absehbar, dass mit jeder Reform innerhalb dieser Verwaltungen, im Extremfall auch nach deren Auflösung, kein nennenswerter, **messbarer** Benefit zu erreichen sein würde. Im Gegenteil!

Hinzu kommt, dass begleitende Evaluierungsprozesse, mit denen womöglich die Notwendigkeit forstlicher Reformen im Nachhinein den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber hätten belegt werden können, im Prinzip politisch nicht gewollt waren – bis heute! Ein Schelm, wer Böses dabei denkt! Als Sprecher der 2007 ins Leben gerufenen ministeriellen Arbeitsgruppe in Schleswig-Holstein, die Alternativen zu einer klassischen Landesforstverwaltung seinerzeit diskutieren sollte, weiß ich, wovon ich schreibe.

Sehr lautstark wurde uns gleich nach der ersten Sitzung vonseiten der Staatskanzlei deutlich gemacht, was die damalige Landesregierung von derartigen Evaluierungsprozessen hielt. Nichts! Und der Überbringer dieser erstaunlichen Nachricht war höchstpersönlich der Ministerpräsident.

Ein Novum in der Forstgeschichte Schleswig-Holsteins!

Eine Retourkutsche also, da sich die damalige Regierungskoalition mit ihrem für Deutschland einmaligen Begehren, den eigenen Landeswald verkaufen zu wollen, bei den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern nicht hatte durchsetzen können. Auch ein Ergebnis eines erstmalig geübten erfolgreichen Schulterschlusses zwischen beiden forstlichen Interessenvertretungen mit den Naturschutzverbänden und den Vertretern der Holzwirtschaft! Eine Zerschlagung der Landesforstverwaltung und Auflösung aller Forstämter konnte aber dennoch nicht verhindert werden, zu groß war offensichtlich der Imageverlust der Landesregierung.

Ein Einzelfall? Leider nein, denn bereits Jahre vorher wurde durch einen Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten, sozusagen in einer sog. Nacht- und Nebelaktion, die komplette Landesforstverwaltung aufgelöst – und deren Aufgabe den Landkreisen überantwortet. Eine einsame (forstpolitische) Entscheidung, so sagte man damals, waren doch die Fachressorts bis dahin ahnungslos. Und heute, sehr geehrte Mitglieder? Eine Volte rückwärts, da die amtierende Koalitionsregierung in Baden-Württemberg „ihre“ Landesforstverwaltung wiederhaben wollte! Auch wenn jetzt eine bewährte Verwaltungsstruktur wieder etabliert werden kann, muss doch die Frage erlaubt sein, ob so tatsächlich dauerhaft Synergieeffekte entstehen können. Und wo sind bei diesen Beispielen die Expertisen der Landesrechnungshöfe und (Forst-) Ökonomen? Kein mittelständisches, erfolgreiches Unternehmen würde, ohne auf entsprechende valide Daten zurückgegriffen zu haben, auf diese Weise Reformen umsetzen wollen. Aber ein Ende ist bis heute, wie wir gerade aktuell in Brandenburg erleben, nicht absehbar!

Einer der schärfsten Parteienkritiker Deutschlands, der Politologe Hans Herbert von Arnim, Göttingen, spricht hier von einem

„unkomplexen Denken“. Zu oft bildeten und bilden im politischen Tagesgeschäft lediglich die Bauchgefühle einzelner Personen die Grundlage für politische Entscheidungen – und nicht seriös ermittelte Daten. Somit lässt sich die öffentliche Hand immer noch von der fixen Idee leiten, dem öffentlichen Wald könne nur durch noch mehr Reformen geholfen werden. Es wird, so von Arnim, Wunschdenken bleiben, leere Haushaltskassen auf diesem Wege füllen zu können.

Gegenwehr?

„Was ist erquicklicher als das Licht? Das Gespräch!“ So räsionierte bereits Johann Wolfgang von Goethe über die fruchtbare Qualität des klugen Gedankenaustausches.

Diesen haben viele von uns die zurückliegenden Jahrzehnte vermisst, denn allzu oft entstand in der Vergangenheit der Eindruck, dass nicht die Suche nach dem größten gemeinsamen Nenner das Ziel war, sondern genau das Gegenteil.

Begründet wurde dies in der Regel mit dem Hinweis, nur so noch Schlimmeres verhindert zu haben. Ich frage mich heute, verehrte Mitglieder, ist das tatsächlich gelungen? Ulrich Dohle, unser amtierende Bundesvorsitzende, wies vor einiger Zeit in einem seiner Editorials auf die forstliche Wirklichkeit hin.

Wenn über 50 % des Forstpersonals die zurückliegenden Jahrzehnte wegrationalisiert, bewährte Strukturen zerschlagen und komplette Forstverwaltungen aufgelöst wurden, übrigens ein für den öffentlichen Dienst einzigartiger Aderlass, wurde dann tatsächlich Schlimmeres verhindert?

Ob Bundes-, Landes- oder kommunale Forstbetriebe, überall sahen sich Kolleginnen und Kollegen vor Ort nach Forstreformen mit Betriebsvergrößerungen, Verantwortungs- und Aufgabenzuwächsen konfrontiert - Einwände oder Überlastungsanzeigen sinnlos! Nur eine (!) Demission eines Landesforstchefs ist in diesem Zusammenhang bekannt

geworden, der wiederholte Reformen in seinem Verantwortungsbereich nicht mehr mittragen wollte. Chapeau!

Hier hätte ich mir, verehrte Mitglieder, als Mitglied eines Berufsverbandes, oftmals mehr Gegenwehr gewünscht oder zumindest den Hinweis an die Gegenüber, nur Veränderungen diskutieren oder mittragen zu wollen, die durch sog. „Statements of facts“ begründet werden können.

Forstreformen = Masse statt Klasse!

Was würden eigentlich unsere forstlichen Klassiker wie Hans von Carlowitz und Heinrich Cotta, oder die Forstwissenschaftler Alfred Bonnemann und Dietrich Mülder heute dazu sagen, wenn man ihnen die immer häufiger anzutreffenden „Waldbilder“, z.B. auf norddeutschen Laubholzstandorten, vor Augen führen würde? Exponentielles Ausbreiten der Brombeere und die erschreckende Zunahme vergraster, mittelalter Bestände, oftmals bereits mehrere Hektar groß.



Zu schnell freigestellte Bu über ca. 3 ha Brombeere

Das Ergebnis einer Waldbewirtschaftung, die sich mehr und mehr nur noch an wenigen forstlichen Parametern orientieren darf - wie Vorrat oder Zuwachs. Ob hingegen die Altersstruktur oder die Qualität der Naturverjüngung im Zusammenhang mit dem Bestockungsgrad stimmt, sind Fragen, die heute vielerorts Kolleginnen und Kollegen nur noch in ihrem Herzen bewegen können. Wie bereits 1982 würde wohl auch heute, fast 40

Jahre später, Dietrich Mülder wieder rufen:
„Helft, unsere Buchenwälder retten“!

Und inwieweit sich jahrzehntelange Forstreformen auf die Verbesserung der Wertschöpfung, Waldqualität und Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgewirkt haben, können wir immer häufiger überall in den Wäldern der öffentlichen Hand erleben. Entlang vieler Waldwege wird man sehr oft bemerken, dass Holz nicht mehr nur über seine Qualität oder Eignung den richtigen Käufer findet, sondern immer häufiger nur noch über einen imaginären Durchschnittspreis.

Laubstammholz beispielsweise, schäl- oder furnierfähig, an den Signets der Holzkäufer gut erkennbar, landet so oftmals, schneller als einem lieb ist, auf den Lagerplätzen von Durchschnittssägern, mit dem Ergebnis, dass z. B. der Sortierungsgewinn i. d. R. dem Käufer zufällt. Auch hochwertiges Nadelstammholz findet nicht mehr grundsätzlich den Weg zum nächstgelegenen Submissionsplatz, so meine Beobachtungen die letzten Jahre, sondern landet gleich im Massenholzpolter oder Freihandverkauf.



Bu mit hohem Schälholzanteil gehört nicht in den Freihandverkauf!

Werden in der Zukunft also nur noch Massensortimente unseren Holzmarkt dominieren? Und was ist von dem vor über 300 Jahren in Freiberg/Sachsen formulierten Handlungsprinzip, „...die Stabilität und die

natürliche Regenerationsfähigkeit des Waldes bewahren zu müssen...“ oder dem von Alfred Möller vor 100 Jahren vorgestellten „Dauerwaldgedanken“ übriggeblieben? Muss sich unser forstliches Handeln immer noch am jeweiligen vorgefundenen Waldbild orientieren oder unterliegen wir inzwischen anderen Zwängen? Dürfen Forsteinrichtungsergebnisse heute noch die Grundlage einer nachhaltigen Waldentwicklung sein - oder spielen inzwischen nur noch schwarze Zahlen die entscheidende Rolle, koste es was es wolle? Oder haben schließlich Zielstärken nur noch im Zusammenhang mit dem jeweils angestrebten Betriebsergebnis eine Bedeutung? Viele Waldbilder weisen in diese Richtung und, viel schlimmer, Verzweigung macht sich mehr und mehr breit! Die ansteigenden Fehl- oder Krankheitstage innerhalb öffentlicher Forstverwaltungen und schließlich die zunehmende Bereitschaft, sich früher als bisher pensionieren oder verrenten lassen zu wollen, sprechen eine deutliche Sprache!

Umso mehr tat es im September 2019 gut, anlässlich des Wolfsburger Waldgipfels, exzellent durch BDF und GGLF vorbereitet, endlich einmal einen Repräsentanten eines Bundeslandes erleben zu dürfen, dem der öffentliche Wald ein **besonderes** Anliegen war.

Forstliche Reformen, so das Petitum des Niedersächsischen Ministerpräsidenten, sollten angesichts des auf uns zukommenden Klimawandels der Vergangenheit angehören, denn wenn weiter Personal abgebaut und immer stärker in intakte Waldökosysteme eingegriffen wird, werden deren Leistungen für das Allgemeinwohl und das Klima zurückgehen. Eine offensichtlich noch nicht bei allen Politikern angekommene Binsenweisheit.

Aufhorchen lässt daher umso mehr die Nachricht, dass offensichtlich eine größere öffentliche Forstverwaltung vor kurzem plötzlich zu erkennen glaubte, dass die Besoldungen/Alimentationen in einem großen Teil ihrer Reviere neu bewertet

werden müssten. Die Dotierungen seien, so hörte man erstaunt, zu hoch angesetzt und sollten nun heruntergestuft werden. Ein gravierender Einschnitt für die Betroffenen! Wie aber in diesem Zusammenhang die Schaffung neuer Planstellen in den Leitungsebenen dieser Verwaltung und auch deren Höherstufungen zu bewerten ist, überlasse ich Ihnen, verehrte Mitglieder. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt!

Dies ist aber eine Entwicklung, die sehr deutlich aufzeigt, dass sich inzwischen nicht nur die Wertschätzung der Arbeit der Försterinnen und Förster vor Ort im kontinuierlichen Sinkflug befindet, sondern sich auch ein längst überwunden geglaubter Trend wieder durchgesetzt hat: Laufbahndenken.

Was uns im Bundesvorstand seinerzeit um Klaus Heil ein großes Anliegen war und bis heute unsere Verbandsarbeit prägt, eine ausschließlich laufbahnübergreifende Berufspolitik vertreten zu wollen, droht aktuell in eine konträre Richtung abzuweichen.

Dass aber „**Fürsorgeverantwortung**“ auch anders verstanden, gelebt werden kann, bewies unlängst der Leiter einer staatlichen Forstverwaltung im Norden unserer Republik. Obwohl erst kurz im Amt, setzte er sich mit großem Engagement und persönlichem Einsatz erfolgreich für die **Anhebung (!)** der Planstellen seiner Beratungsförster ein. Ein selten gewordenes Beispiel in öffentlichen Forstverwaltungen, das natürlich Teamgeist stiften und Vertrauen bilden wird.

Unseren Forstpolitikern ist offenbar auch verborgen geblieben, dass heute durch die überwiegende Praxis in den Landesforstverwaltungen, Landesbetrieben oder Anstalten des öffentlichen Rechts, junge Kolleginnen und Kollegen nur noch als Angestellte beschäftigen zu wollen, zusätzlich erhebliche Einkommensverluste verkraftet werden müssen. Auch hier sind reformbedingte Synergieeffekte nicht erkennbar!

Resümee

Damit ich nicht falsch verstanden werde, natürlich dürfen sich die rd. 4,5 Mio. im Öffentlichen Dienst Beschäftigten in Deutschland nicht sinnvollen Veränderungen gegenüber verschließen, da ansonsten auf die steigenden Anforderungen, die Studien zur Folge in den kommenden Jahrzehnten auf alle Verwaltungsbereiche zukommen werden, nicht angemessen reagiert werden kann.

In unserer offenen und pluralistischen Gesellschaft können wir aber erwarten, verehrte Mitglieder, dass sämtliche notwendigen Reformprozesse, auch innerhalb öffentlicher Verwaltungen, von Anfang an transparent und nachvollziehbar gestaltet werden. Alles andere ist ineffizient und wird weiterhin Frust und Unverständnis fördern.

Und wenn immer mehr Menschen in Deutschland glauben, dass eine **multifunktionale Waldwirtschaft** am besten dann erfüllt werden kann, wenn **alle** Leistungen des Waldes gleichberechtigt nebeneinanderstehen, dann dürfen die Leistungen der Oberförstereien, Forstämter und Förstereien nicht nur daran gemessen werden, inwieweit sie in der Lage sind, Holzernte- oder Personalkosten zu senken.

Ob hier aber in absehbarer Zeit mit einem Umdenken zu rechnen ist, steht in den Sternen. Wird aber nicht mehr als bisher die Bedeutung des Waldes für den **Klimaschutz** in den Vordergrund gestellt, so die Prophezeiung vieler Forstwissenschaftler weltweit, wird unsere Berufsgruppe sehenden Auges immer deutlicher an Bedeutung verlieren! Um das zu verhindern, brauchen viele von uns nicht nur konzeptionelle Klarsicht, sondern auch Durchsetzungsvermögen und mehr Mut, sich gegen fragwürdige Reformen zu stemmen. **Weiter wie bisher kann daher keine Option sein!**

Für eine Transformation in eine CO₂-neutrale Volkswirtschaft bis 2050 brauchen wir eine schlagkräftige, nachhaltig finanzierte Forstwirtschaft mit mehr Personal, das vor allen Dingen in den Oberförstereien,

Forstämtern und Forstrevieren wieder motiviert und begeisterungsfähig arbeiten darf. Das Gegenteil dessen also, was wir die zurückliegenden 30 Jahre erleben durften.

Der Weg hin zu einer Dezentralisierung der betrieblichen Aufgaben, wie wir es in vielen öffentlichen Forstverwaltungen in der Vergangenheit erlebt haben, war erfolgreich und stiftete nicht nur mehr Verantwortungsgefühl, sondern schlug sich auch positiv im Betriebsergebnis nieder. Die schleichende Rückkehr wieder zu einer zentralistischen Steuerung innerhalb vieler staatlicher Forstbetriebe lässt bisher keine Vorteile erkennen und ist daher nicht nachvollziehbar. Und in vielen Forstbetrieben ist inzwischen eine gleichmäßige, ausreichende Präsenz auf sämtlichen Waldflächen nicht mehr zu gewährleisten – der „Point of no Return“ ist überschritten.

Insofern werden künftige Forstreformen ohne die Möglichkeit einer Evaluation Willkürentscheidungen bleiben, gegen die sich Berufsverbände, Gewerkschaften und Personalvertretungen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten wehren müssen.

Denn eines zeichnet sich bereits heute, 2021, ab. Mit der bisher von der Bundesregierung für alle Waldbesitzarten in Deutschland im November 2020 in Aussicht gestellten „Nachhaltigkeitsprämie“ von 500 Millionen Euro, werden die auf uns zukommenden Aufgaben nicht zu bewältigen sein, zumal davon erst einmal nur 50 Millionen in das „Investitionsprogramm Wald“ geflossen sind. Da diese Mittel aber bereits nach wenigen Wochen erschöpft waren, wurde dieses Programm, nur einen Monat nach seiner Ankündigung, bis auf weiteres ausgesetzt. Dem deutschen und damit auch dem öffentlichen Wald droht so in den nächsten Jahren ein gewaltiges Investitionsdefizit mit nicht absehbaren Folgen.

Es steht nun zu befürchten, sehr geehrte Mitglieder, dass hier die Länder einspringen müssen – gute Voraussetzungen für erneute Forstreformen.

Anm.: Eine der Hauptgründe, warum die Landesforstverwaltung Schleswig-Holstein in ihrer damaligen Organisationsstruktur aufgelöst wurde, war der administrative Overhead in Forstämtern und Ministerium. Dieser ist heute längst übertroffen....

„Die preußische Staatsforstverwaltung bekennt sich nicht zu den Grundsätzen des nachhaltig höchsten Bodenreinertrages unter Anlehnung an eine Zinseszinsrechnung, sondern sie glaubt, im Gegensatz zur Privatforstwirtschaft, sich der Verpflichtung nicht entheben zu dürfen, bei der Bewirtschaftung der Staatsforsten das Gesamtwohl der Einwohner des Staates ins Auge zu fassen, und dabei sowohl die dauernde Bedürfnisbefriedigung in Beziehung auf Holz und andere Waldprodukte als auch die Zwecke berücksichtigen zu müssen, denen der Wald nach vielen anderen Richtungen hin dienbar ist.“

**Otto Friedrich von Hagen,
Oberlandforstmeister u. Leiter der
Preußischen Forstverwaltung um 1870**

Dem ist nichts hinzuzufügen!

Eckehard G. Heisinger

ehem. stellv. Bundesvorsitzender